

<b>Wahlprogramme 2017 / Arbeit &amp; Soziales</b>		
<b>CDU</b>	<b>SPD</b>	<b>FDP</b>
Um "Wohlstand und Sicherheit für alle" zu schaffen, legen CDU und CSU im Bereich Arbeit und Soziales ihren Fokus auf die Entlastung der Familien. Alle Dienstleistungen der Verwaltung wie Steuererklärung oder Kindergeldanträge sollen außerdem in einem elektronischen Bürgerkonto digital zugänglich gemacht werden. (S. 7, 17, 18)	Mit dem Thema soziale Gerechtigkeit beginnt das Wahlprogramm der SPD. "Gerechtigkeit ist die zentrale Voraussetzung für Zusammenhalt und Wohlstand". Ein starker Sozialstaat ist das Ziel der SPD. Soziale Berufe und Dienstleistungen möchte die SPD unterstützen.	Die FDP wirbt für das "Vorankommen durch eigene Leistung" und die "Potenziale und die Energie jedes Einzelnen". Die "übermäßige Umverteilung von Privat zu Staat" müsse beendet werden. Sie ist damit grundsätzlich dafür, den Sozialstaat einzuschränken. Sozialleistungen möchte die FDP in einem "Bürgergeld" an einer staatlichen Stelle zusammenfassen. (S. 3, 32, 67-68)

<b>Wahlprogramme 2017 / Familie</b>		
<b>CDU</b>	<b>SPD</b>	<b>FDP</b>
<p>Familie und Kinder seien das "Fundament der Gesellschaft", doch die CDU/CSU lockern im Wahlprogramm das konservative Familienbild auf: "Wir schreiben Familien kein bestimmtes Familienmodell vor. Wir respektieren die unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens." Genauer legt sich die Union allerdings nicht fest.</p> <p>Die Parteien möchten Familien und Kinder stärker fördern und entlasten: Kinderrechte sollen ins Grundgesetz aufgenommen werden, das Kindergeld möchte die Union um 25 Euro pro Monat und Kind erhöhen, ebenso soll der Kinderfreibetrag erhöht werden. Dazu soll mit dem "Baukindergeld" für Familien der Weg zur eigenen Immobilie erleichtert werden; zehn Jahre lang 1200 Euro je Kind und Jahr sind dafür vorgesehen. (S. 25-27)</p>	<p>Mit der "Familienarbeitszeit" möchte die SPD die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege erleichtern. Dafür sollen Familien zwei Jahre lang 150 Euro monatlich bekommen, wenn beide Elternteile zugunsten der Kindererziehung in Teilzeit arbeiten. Pflgende haben ebenfalls Anspruch darauf und sollen zusätzlich drei Monate lang einen Ersatz für ihren Lohnausfall in Höhe des Elterngeldes bekommen. Die Sozialdemokraten befürworten eine Ehe für alle, sodass gleichgeschlechtliche Paare heiraten können. Außerdem sollen Scheidungskinder leichter gemeinsam erzogen werden können.</p> <p>(S. 3-7)</p>	<p>"Wen wir lieben, wie wir lieben (...) - darin müssen alle frei sein", heißt es im Wahlprogramm - dementsprechend ist die FDP für die gleichgeschlechtliche Ehe und eine rechtliche Stärkung von Regenbogenfamilien (Familien mit gleichgeschlechtlichen Eltern). Grundsätzlich plant die FDP, alle sozialen Leistungen für Kinder im "Kindergeld 2.0" zusammenzufassen. Scheidungskinder sollen vorrangig von beiden Eltern betreut werden. Die Steuerklasse V für Verheiratete möchte die Partei abschaffen. (S. 36, 49-51)</p>

<b>Wahlprogramme 2017 / Arbeit</b>		
<b>CDU</b>	<b>SPD</b>	<b>FDP</b>
<p>"Sozial ist, was Arbeit schafft" ist das Credo beim Wahlkampfthema Arbeit. Deswegen setzen sich CDU und CSU das Ziel, bis 2025 Vollbeschäftigung zu erreichen, d.h. die Arbeitslosenquote soll nur noch bei drei Prozent liegen. Möglichkeiten für neue Arbeitsplätze sieht die Union unter anderem in der Digitalisierung und der Biotechnologie. Sie plant außerdem, einen Anspruch auf Teilzeitarbeit einzuführen. Die Union möchte die Mindestlohnregelung unbürokratischer machen. Für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern plant sie, das Entgelttransparenz-Gesetz zu prüfen und gegebenenfalls zu verbessern. Mit dem "Masterplan Selbstständigkeit", der bis 2019 stehen soll, möchte sie den Schritt in die Selbstständigkeit erleichtern. Ein neues "Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz" soll die legale Beschäftigung von Migranten von außerhalb der EU ermöglichen. Nachgewiesen werden muss ein Arbeitsplatz, der Lebensunterhalt soll durch eigene Anstrengungen gewährleistet werden. CDU/CSU möchten außerdem Arbeitsplätze erhalten, die Arbeitszeit flexibler machen und mehr Frauen ermöglichen, sozialversicherungspflichtig zu arbeiten - wie sie das umsetzen wollen, bleibt unklar. Sie selbst möchte die Union Arbeit ersparen mit dem Ziel: zehn Prozent weniger neue Gesetzesentwürfe. (S. 10-12, 14, 18, 26)</p>	<p>Mit ihrer Forderung "unbefristete Arbeit – sozial abgesichert und nach Tarif bezahlt" setzt die SPD auf ein klassisch sozialdemokratisches Thema. Ziel sei die "Vollbeschäftigung in Deutschland". Die Partei möchte Arbeitnehmerrechte stärken und z.B. ein "Wahlarbeitszeitgesetz" einführen und die Tarifbindung verbessern. Sachgrundlose Befristungen gehören den Sozialdemokraten zufolge abgeschafft. Dafür sollte es ein Recht geben, nach Teilzeitarbeit wieder in eine Vollzeitbeschäftigung zurückzukehren. In sogenannten "Langzeitkonten" soll Arbeitszeit angespart werden können. Damit der Arbeitsmarkt inklusiver wird, möchte die SPD generelle Regeln zur Barrierefreiheit einführen.</p> <p>Europaweit fordert die SPD: "Gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleichwertige Arbeit". Auch innerhalb Deutschlands müsse der Gehaltsunterschied zwischen Männern und Frauen beseitigt werden.</p>	<p>Die FDP spricht sich für Leiharbeit, auch "Zeitarbeit" genannt, aus. Sie möchte weder Zeitarbeitsverträge noch Befristungen weiter einschränken. Für einen flexiblen Arbeitsmarkt und als berufliche Einstiegschance sei Leiharbeit wichtig. Die Maximalarbeitszeit soll auf 48 Stunden pro Woche angehoben werden, Geschäfte sollten auch sonntags öffnen dürfen. Die Minijob-Grenze soll dabei auf 530 Euro angehoben werden.</p> <p>Die Freien Demokraten möchten die "Chancengleichheit zwischen Mann und Frau", eine Frauenquote in Führungspositionen lehnt die Partei jedoch ab. Die Einführung eines "Langzeitkontos", das z.B. angesammelte Überstunden auflistet, soll es vereinfachen, eine Pause vom Arbeitsleben nehmen zu können. (S. 31-32, 36-37, 43-44)</p>

<b>Wahlprogramme 2017 / Rente</b>		
<b>CDU</b>	<b>SPD</b>	<b>FDP</b>
<p>CDU und CSU loben die aktuelle Rentenregelung und die Rentenreform von 2007, an der sie keine größeren Änderungen planen. Nur die Nachteile deutscher Spätaussiedler in der Rente sollen ausgebessert werden. Zur Weiterentwicklung der Rente nach 2030 soll eine Kommission bis Ende 2019 Vorschläge abgeben. (S. 41-43)</p>	<p>Das Rentenniveau soll bis 2030 auf dem jetzigen Stand von etwa 48 Prozent stabilisiert werden. Den aktuellen Beitragssatz von 18,9 Prozent will die SPD bis 2030 nicht über 22 Prozent steigen lassen. Eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters über 67 Jahre hinaus schließen die Sozialdemokraten aus. Außerdem plant die SPD, dass Selbstständige verpflichtend in die gesetzliche Rentenversicherung gehen müssen. (S. 35)</p>	<p>Keine Altersbegrenzung für den Renteneintritt ist ein Ziel der FDP. Arbeiten bis 68, 69 oder 70 würde dadurch ermöglicht. "Ab 60 entscheidet jeder selbst, wann er in Rente geht" - solange die Rente dann über dem Grundsicherungsniveau liegt. Die Liberalen sprechen sich für das "Baukastenprinzip" der betrieblichen und privaten Altersvorsorge aus. Beides soll nicht mehr auf die Grundsicherung angerechnet werden. Zur besseren Übersicht über die eigene Rentenhöhe möchten sie ein digitales Rentenkonto, das "Vorsorgekonto", einführen. Über die Höhe der Rente machen sie keine Aussagen. (S. 27-30, 33)</p>

<b>Wahlprogramme 2017 / Gesundheit</b>		
<b>CDU</b>	<b>SPD</b>	<b>FDP</b>
<p>Das zweigliedrige Gesundheitssystem aus gesetzlichen und privaten Kassen unterstützt die Union, eine Bürgerversicherung lehnt sie ab. Den Versandhandel mit verschreibungspflichtigen Medikamenten möchte sie verbieten. Schulgelder in Heilberufen, z. B. in der Ausbildung zum Physiotherapeuten, will sie ganz abschaffen. Ein "Nationales Gesundheitsportal" soll wissenschaftlich gesicherte Informationen rund um Gesundheit und Krankheit bündeln. Ein weiterer Punkt: Kinder sollen erst ab einem Einkommen von 100.000 Euro für den Unterhalt pflegebedürftiger Eltern herangezogen werden. Mit der Förderung</p>	<p>Die SPD setzt sich für eine "Bürgerversicherung" ein. Gänzlich ablösen soll sie das bisherige System nicht, denn Privatversicherte können wählen, ob sie in die Bürgerversicherung wechseln möchten. Arbeitgeber und -nehmer sollen wieder denselben Anteil an der Bürgerversicherung zahlen.</p>	<p>Eine Bürgerversicherung lehnt die FDP ab, sie unterstützt stattdessen das System aus privaten und gesetzlichen Kassen. Kosten für Behandlungen sollen für den Patienten transparent gemacht werden. In Sachen Palliativmedizin (Pflege von Menschen mit begrenzter Lebenszeit) steht die FDP dafür, eine assistierte Selbsttötung zu ermöglichen. Cannabis soll legalisiert werden.</p> <p>Für Pflegeberufe fordert sie mehr Geld und eine spezialisierte Ausbildung. Das aktuelle Fallpauschalen-System bei Behandlungen müsse reformiert und wieder ergebnisorientierter werden. Darüber hinaus</p>

<p>"Ärztlicher Versorgungszentren" möchten CDU und CSU die Versorgung auf dem Land gewährleisten. Studienplätze im Fach Medizin sollen auch danach vergeben werden, ob die Bewerber als Mediziner aufs Land gehen möchten. (S. 28, 38-40)</p>		<p>sollen gesundheitsbezogene Daten von Patienten zentral in einem E-Health-System gespeichert werden. (S. 45-49, 84)</p>
---	--	---

Wahlprogramme 2017 / Integration & Asyl		
CDU	SPD	FDP
<p>Eine Obergrenze für Flüchtlinge, wie sie die CSU lange forderte, steht nicht im Regierungsprogramm. Einig ist sich die Union, dass sich die Situation des Jahres 2015 mit einem Zuzug von fast einer Million Flüchtlingen nicht mehr wiederholen soll. "Nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens wollen wir entsprechende Verträge auch mit afrikanischen Ländern abschließen." Die Union will die Bemühungen verstärken, diejenigen, deren Anträge auf Asyl rechtskräftig abgelehnt werden, abzuschieben.</p> <p>Für eine erfolgreiche Integration steht für CDU und CSU die deutsche Sprache im Fokus: "Wir streben an, dass Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben wollen, Deutsch lernen." Ziel sei, dass jeder schnellstmöglich seinen eigenen Lebensunterhalt bestreiten kann. Wer sich der Integration verweigere, müsse mit Konsequenzen bis zum Verlust der Aufenthaltsbescheinigung rechnen. (S. 62, 63, 71, 74)</p>	<p>Die SPD steht für eine humanitäre Flüchtlingspolitik: "Das Recht auf Asyl muss auch in Zukunft unangetastet bleiben". Allerdings sollten die Flüchtlinge europaweit solidarisch aufgeteilt werden. Zur Bekämpfung der Fluchtursachen will die Partei z.B. das Flüchtlingshilfswerk UNHCR mit mehr Geld ausstatten. Ein Seenotrettungsprogramm solle das "Sterben im Mittelmeer" beenden. Außerdem möchte sie freiwillige Rückkehrer fördern, Sprachkursangebote ausbauen und Helfer stärken. Das Motto der Sozialdemokraten lautet dabei: "Wir wollen ein modernes und weltoffenes Deutschland."</p> <p>Dauerhafte Einwanderung soll durch ein Punktesystem, das bestimmte Qualifikation erfasst, geregelt werden. Die Sozialdemokraten möchten eine Einwanderungsquote einführen, die der Bundestag jährlich festlegt. Die SPD steht zur doppelten Staatsangehörigkeit. (S. 58-60)</p>	<p>"Das Grundrecht auf Asyl für individuell politisch Verfolgte ist für uns unantastbar". Dennoch möchte die FDP eine klarere Unterscheidung zwischen Kriegsflüchtlingen und dauerhaften Einwanderern. Einwanderung soll durch ein Punktesystem, das Qualifikationen auflistet, geregelt werden. Flüchtlinge stünden dann bei der Arbeitssuche mit einwanderungswilligen Fachkräften in Konkurrenz. Den gesetzlichen Mindestlohn für Flüchtlinge möchte die FDP abschaffen, ebenso die Vorrangprüfung (bei der Vorrangprüfung wird geprüft, ob für eine freie Stelle ein deutscher oder EU-Bürger zur Verfügung steht, bevor andere die Stelle annehmen dürfen).</p> <p>In Sachen Integration ist sie gegen Assimilation: "(...) wir lehnen es prinzipiell ab, wenn eine Mehrheit versucht, dem einzelnen Individuum ihre Kultur aufzuzwingen." Die FDP befürwortet die doppelte Staatsbürgerschaft. (S. 34-36, 42)</p>

<b>Wahlprogramme 2017 / Sicherheit</b>		
<b>CDU</b>	<b>SPD</b>	<b>FDP</b>
<p>Der bekannt gewordene Satz der Kanzlerin "Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, sind ein Stück weit vorbei" hat es auch in das Wahlprogramm geschafft. In diesem Sinne steht die Union hinter einer europäischen Verteidigungsunion. Die Außengrenzen sollen stärker gegen illegale Migration geschützt werden, unterstützt durch weiteren Abkommen mit afrikanischen Ländern nach dem Vorbild des Abkommens mit der Türkei. CDU und CSU sehen sich als "Parteien der inneren Sicherheit". 15 000 neue Stellen möchten die Parteien bundesweit bei der Polizei schaffen. Ein "gemeinsames Musterpolizeigesetz" der Bundesländer soll Vernetzung und gleiche Standards fördern. Videoüberwachung an "öffentliche Gefahrenorten" befürwortet die Union. Die Bundeswehr soll die Polizei z.B. bei schweren Terrorangriffen unterstützen. Zusätzlich möchte die Union die Bundeswehr bis 2024 um 18 000 neue Stellen vergrößern. Ein weiteres Ziel: mehr Geld für Verteidigung. Der Verteidigungsetat soll ebenfalls bis 2024 von aktuell rund 1,2 Prozent auf zwei Prozent des BIP erhöht werden. (S. 6, 55, 56, 60-61, 63, 65)</p>	<p>Die Partei möchte die Datensysteme der Sicherheitsbehörden national stärker verzahnen. Gesetzesverschärfungen allein reichen den Sozialdemokraten nicht, um gegen Terror und extremistische Gewalt vorzugehen. Prävention, ein stärkerer Zusammenhalt der Gesellschaft und die Arbeit der Sicherheitsbehörden führten zum Erfolg. Die Polizei möchten sie daher um 15.000 Stellen aufstocken. "Eine Militarisierung der öffentlichen Sicherheit lehnen wir ab."(S.53/54)</p> <p>Die SPD steht zur Bundeswehr, aber "völlig unnötige und unrealistische Steigerungsraten des deutschen Verteidigungshaushaltes" lehnt sie ab. Für die Sicherheit an Europas Grenzen fordert die SPD, die Kontrollen an den Außengrenzen des Schengenraums zu verstärken. Zusätzlich plant sie, eine Europäische Staatsanwaltschaft und ein europaweites Anti-Terror-Zentrum einzurichten. Eine europäische Verteidigungsunion mit europäischer Armee strebt die SPD an. (S.54-57)</p>	<p>Zur Terrorismusbekämpfung, insbesondere gegen den internationalen islamistischen Terrorismus, fordert die FDP mehr internationale Kooperation und Datenaustausch. Salafisten möchte sie mit Einreise- und Versammlungsbeschränkungen sowie konsequenterer Strafverfolgung begegnen. (S. 64)</p> <p>In Sachen innere Sicherheit ist die FDP gegen eine flächendeckende Videoüberwachung, Vorratsdatenspeicherung und dagegen, "alle Bürger unter Generalverdacht zu stellen": "Mehr gespeicherte Daten schaffen nicht mehr Sicherheit", stattdessen sei fehlendes Personal in Sicherheitsbehörden das Problem. Polizei und Justiz sollten daher mehr Geld bekommen und stärker digitalisiert werden. Die Struktur der Sicherheitsbehörden möchten die Freien Demokraten entschlacken, da "zu viele Behörden für unsere Sicherheit zuständig" seien.</p> <p>(S. 2, 39-41)</p>

**Wahlprogramme 2017 / EU + Außenpolitik**

CDU	SPD	FDP
<p>"Es ist Deutschlands Aufgabe, ein Stabilitätsanker in der Welt zu sein." - Deutschland und die EU sollen als verlässlicher Partner wahrgenommen werden. Die Parteien möchten die EU weiter stabilisieren, eine Vergemeinschaftung der Schulden schließt sie jedoch aus. Mit Großbritannien möchten sie trotz Brexit weiterhin "intensive wirtschaftliche und politische Verbindungen pflegen". Frankreich sehen CDU und CSU als wichtigen Partner.</p> <p>Außenpolitisch beziehen CDU und CSU klar Stellung für internationale Handelsabkommen und gegen Protektionismus. "Die USA sind und bleiben ein zentraler Partner." Zur Türkei solle die EU die Beziehungen vertiefen, einen EU-Beitritt lehnt die Union jedoch ab. Beide Parteien stehen klar hinter dem Existenzrecht Israels. Ein weiterer Fokus in der Außenpolitik: "Unsere besonderen Bemühungen gelten dem Kontinent Afrika." (S. 5, 7, 23, 57-59, 64, 66)</p>	<p>Die SPD positioniert sich klar für die europäische Idee. In der Außenpolitik versteht sich die SPD als "Friedenspartei", denn "Aufrüstung und Säbelrasseln lösen keine Konflikte". Sie "kämpfen für mehr europäischen Zusammenhalt und Solidarität". Verschuldung europäischer Staaten soll verringert, Reformen aber ermöglicht werden. Für eine "koordinierte Wirtschaftspolitik in Europa" möchte die SPD eine gemeinsame Wirtschaftsregierung einrichten. Ferner spricht sie sich dafür aus, die Kompetenzen des Europäischen Parlaments auszuweiten und eine europäische Verfassung auszuarbeiten.</p> <p>Im Umgang mit der Türkei spricht sich die SPD dagegen aus, regelmäßige Gespräche abubrechen, für einen Beitritt sei sie "in absehbarer Zeit" aber nicht bereit. Außenpolitisch möchte die SPD mehr Verantwortung übernehmen und mehr humanitäre Hilfe leisten. Eine Maßnahme sei, dem Auswärtigen Amt mehr Geld zu geben. Sie sprechen sich für die UN, eine Partnerschaft mit den USA und eine Deeskalation mit Russland aus. Die SPD steht für weltweite Abrüstung - "Eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen bleibt unser Ziel". Deutschlands Waffenhandel soll massiv eingeschränkt werden. (S.80-83)</p>	<p>"Wenn Nationalisten Europa mit Propaganda sturmreif schießen wollen, dann muss man für Europas Stärken werben" - die FDP bekennt sich klar zu Europa. Reformen und mehr Transparenz seien trotzdem notwendig, ebenso ein gemeinsamer EU-Außenminister. Eine weitere Forderung ist der Aufbau eines europäischen Grenzschutzes sowie einer europäischen Armee. Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei möchte die Partei beenden. (S. 2, 56, 61-62)</p> <p>Außenpolitisch steht die FDP für "Wandel durch Handel", eine Partnerschaft mit den USA, die Nato und mehr deutsche Verantwortung in internationaler Hinsicht. Gegenüber Russland ist die FDP kritisch. Russland müsse die Besetzung der Krim und den Krieg in der Ukraine beenden, bis dahin müssen die Sanktionen bestehen. Waffenlieferungen in Krisengebiete lehnt sie ab. (S. 53-55, 66)</p>

<b>Wahlprogramme 2017 / Steuern + Finanzen</b>		
<b>CDU</b>	<b>SPD</b>	<b>FDP</b>
<p>Die christlichen Parteien bleiben beim Ziel der schwarzen Null, "solide Staatsfinanzen" seien wichtig. Das bedeutet: keine neuen Schulden, vorhandene Schulden tilgen. Eine Änderung der Erbschaftssteuer oder die Einführung einer Vermögenssteuer für mehr soziale Gerechtigkeit lehnt die Union ab.</p> <p>Steuern will die Union nicht erhöhen. Den Solidaritätszuschlag (5,5 Prozent der Lohnsteuer) möchte sie ab 2020 schrittweise abschaffen. Der Spitzensteuersatz soll auf 60.000 Euro Jahreseinkommen angehoben werden. Von einer Senkung der Einkommenssteuer um insgesamt 15 Mrd. Euro ist im Wahlprogramm ebenfalls die Rede; was das konkret für den Einzelnen bedeutet, ist nicht weiter ausgeführt. Den Kinderfreibetrag möchten die Parteien anheben. EU-weit wollen CDU und CSU eine Finanztransaktionssteuer durchsetzen. (S. 25, 31-33)</p>	<p>Einkommen aus Kapital möchte die SPD gleich besteuern wie Einkommen aus Arbeit. Dafür soll die Finanztransaktionssteuer eingeführt werden, mit der der Handel mit Aktien und Anleihen besteuert wird. Auch eine Erbschaftssteuer plant die SPD. Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen sollen entlastet werden. Die SPD ist jedoch gegen Steuersenkungen. Das Familiensplitting soll das bisherige Ehegattensplitting ablösen, um Alleinerziehende finanziell zu stärken.</p> <p>Die SPD sagt Steuerflucht den Kampf an: Europaweit sollen Unternehmen "dort ihre Steuern bezahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften". (S. 37-41)</p>	<p>Die FDP will einen fairen Steuersatz für Durchschnittsverdiener. Am Splittingverfahren für Ehe- und eingetragene Lebenspartnerschaften hält die Partei fest und plant, Familien und Alleinerziehende dadurch zu entlasten, indem sie die Kinderfreibeträge anhebt und Betreuungskosten bis zum Höchstbetrag steuerlich voll absetzbar macht.</p> <p>Eine Belastungsgrenze für Steuern und Sozialabgaben soll im Grundgesetz festgeschrieben werden, damit den Bürgern genügend von ihrem Einkommen bleibt.</p> <p>Der Einkommensteuertarif soll so geändert werden, dass der Staat nicht länger von heimlichen Steuererhöhungen profitieren kann und die kalte Progression den Steuerzahlern weniger schadet.</p> <p>Den Solidaritätszuschlag wollen die Freien Demokraten abschaffen. Um Unternehmer zu unterstützen, will die FDP keine Wiedereinführung der Vermögensteuer und keine weitere Verschärfung der Erbschaftsteuer. (S. 67-68)</p>

## Wahlprogramme 2017 / Bildung

CDU	SPD	FDP
<p>Die CDU und CSU planen, einen Rechtsanspruch auf eine Betreuung im Grundschulalter einzuführen. Darüber hinaus stellen sie im Wahlprogramm allerdings klar, dass Bildung Ländersache ist und bleiben soll. Das Gymnasium möchten die Parteien erhalten. Zur deutschlandweiten Gleichwertigkeit der Bildung sollen Schultypen und Bildungswege durchlässiger werden. Allgemein möchte die Union bis 2025 3,5 Prozent des BIP in Forschung und Entwicklung investieren. Eine "Digitale Bildungsoffensive" soll künftig dafür sorgen, dass in Schulen die digitale Ausstattung verbessert wird und sie an ein schnelles Internet angebunden werden. (S. 22, 25, 34-36, 53)</p>	<p>Bildung, von der Kita bis zur Uni, soll nach Plan der SPD nichts kosten. Die Sozialdemokraten möchten in den Ausbau von Ganztagschulen investieren und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung einführen. Die Schüler sollen außerdem mehr digitale Kompetenzen erwerben und z.B. häufiger mit digitalen Lernmitteln arbeiten. Wer einen Meisterbrief besitzt, soll dem Programm zufolge zu einem Masterstudium zugelassen werden. Mit Maßnahmen wie dieser möchte die SPD die Anerkennung der Ausbildungsberufe stärken. Das flexiblere "Bafög Plus" soll die Finanzierung von Aus- und Weiterbildung erleichtern. (S.6, 8, 11-14)</p>	<p>„Weltbeste Bildung“ ist das Hauptthema des FDP-Wahlprogramms - obwohl Bildung eigentlich Aufgabe der einzelnen Bundesländer ist. Die FDP fordert deutschlandweit einheitliche Bildungsstandards und weniger Bildungsaufgaben bei den Ländern. Als Maßnahmen wollen die Freien Demokraten erhöhte, länderübergreifende Ausgaben für Schulen und Hochschulen, Qualitätschecks, Unterrichtsgarantie gegen Stundenausfälle, stärkere Unterstützung nicht-staatlicher Schulen, Förderung der Medienkompetenz und eine Digitalisierung der Bildung durchsetzen. Die FDP ist für den Erhalt von Förderschulen. Flüchtlingskinder sollen deutschlandweit ein sofortiges Teilnahmerecht am Unterricht bekommen. Darüber hinaus sollen Forschungsergebnisse öffentlich zugänglich sein. Finanziert werden soll die Modernisierung der Hochschulen über "nachgelagerte Studiengebühren", also Gebühren nach Abschluss des Studiums. (S. 3-6, 9-10, 13)</p>

Wahlprogramme 2017 / **Spezialthemen**

CDU	SPD	FDP
<p><b>Ländlicher Raum und Agrarpolitik</b></p> <p>Die Parteien planen, mit der "Offensive ländlicher Raum" in den kommenden vier Jahren die ländlichen Regionen zu stärken. Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland ist das Ziel: Es soll möglich sein, überall in Deutschland gleichwertigen Zugang zu Bildung, Arbeit, zu öffentlicher Infrastruktur und zu Leistungen der Daseinsvorsorge zu haben. Speziell die Versorgung durch Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen möchten CDU und CSU erhalten. "Superschnelles Internet" wollen die Parteien in den ländlichen Raum bringen. Eine Kommission soll bis 2019 Vorschläge zur "Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse" erarbeiten.</p> <p>Die Landwirtschaft komme in den ländlichen Räumen eine besondere Rolle zu, so die Union. Bürokratie solle abgebaut, Bauern mit einem Innovationsfonds unterstützt werden. "Unser Leitbild ist eine vielfältige, nachhaltige, wettbewerbsfähige, bodengebundene und flächendeckende Landwirtschaft in bäuerlicher Hand." (S. 16, 27, 28, 30)</p>		<p><b>Weniger Regulierung der Wirtschaft</b></p> <p>Die FDP steht nach wie vor für eine freie Marktwirtschaft, die der Staat möglichst wenig reguliert: "Der Staat greift viel zu häufig in wirtschaftliche Prozesse ein." Kleine Unternehmen sollen unterstützt und entlastet werden. Im Rahmen der Digitalisierung möchte die FDP die Gesetze für digitale Unternehmen (Uber, AirBnB) lockern. Geschäfte sollen auch an Sonntagen öffnen dürfen, Öffnungszeiten flexibler werden. Die Partei fordert, staatliche Anteile an Post und Bahn zu veräußern. Globalen Freihandel befürwortet sie, "wachsende Tendenzen des Protektionismus lehnen wir ab." (S. 16-18, 23, 57)</p> <p><b>Digitalisierung</b></p> <p>Als "Anwalt der neuen Möglichkeiten der Digitalisierung" will die Partei diese nicht nur im Bildungssektor vorantreiben, sondern auch im Verkehr oder der Wirtschaft. Länderspezifische Zugangssperren zu Webseiten müssen laut FDP EU-weit aufgehoben werden. Die Liberalen unterstützen Open-Government, also einen freien Zugang zu Daten der Verwaltung und der Behörden, sowie die Netzneutralität. Dazu gehört für die FDP auch eine bessere Kontrolle eigener und ein Nutzungsrecht an eigenen Daten sowie ein Ausbau der Cybersicherheit Deutschlands und der EU. (S. 19-21, 38, 58)</p>

Entnommen aus: <http://www.bundestagswahl-bw.de>